

Medienmitteilung

Motion «Kanton Bern schafft die rechtlichen Grundlagen, um die Aktienmehrheit an der BEKB abzugeben»

Fair ist anders – der Kanton Bern braucht keine «Staatsbank»!

Der Gewerbeverband Berner KMU begrüsst es sehr, dass der Grosse Rat heute dem Regierungsrat den verbindlichen Auftrag erteilt hat, die Mehrheitsbeteiligung an der BEKB zu überprüfen. Damit setzt er bei Ziffer 1 des Vorstosses – entgegen der Empfehlung der Berner Regierung – ein wichtiges Zeichen für gleichlange Spiesse.

Der Regierungsrat wollte alle drei Punkte der Motion «nur» als Postulat überweisen und machte einmal mehr nicht den Eindruck, wirklich etwas ändern zu wollen. Vielmehr erweckte die Berner Regierung den Eindruck – die Prüfung zur Aufspaltung der BKW lässt grüssen – den Status Quo und die Rechtfertigung via Bericht erhalten zu wollen.

Die BEKB hat nach der Abschaffung der Staatsgarantie in den letzten Jahren ihre unternehmerische Freiheit genutzt und sich zu einer kundenfreundlichen KMU-Bank entwickelt. Es ist deshalb für Berner KMU nicht ersichtlich, wieso sich der Kanton Bern weiterhin eine «Staatsbank» halten soll. Die ordnungspolitischen Gründe überwiegen die vom Regierungsrat dargelegten Risiken klar. Es ist Zeit für gleichlange Spiesse und einen fairen Wettbewerb, wie dies Berner KMU im Rahmen seiner Kampagne «Der Staat als Konkurrent: Fair ist anders!» seit längerem fordert.

Für zusätzliche Auskünfte:

Lars Guggisberg, Direktor Gewerbeverband Berner KMU, 079 621 48 78

14. September 2022